

Fünf Jahre nach dem Ende des *Kalifats*

**Eine Zwischenbilanz der Deradikalisierungsarbeit
mit Rückkehrer*innen und ihren Kindern**

**2. Chance nur für Frauen?
Deutschland im europäischen Vergleich**



Impressum

Autor*innen:

Sofia Koller, Susanne Wittmann, Claudia Dantschke, Thomas Schmidinger, Axel Schurbohm

Redaktion:

Claudia Dantschke

Fachtagung: 14. März 2024 in Berlin

organisiert von:

Grüner Vogel e.V. in Kooperation mit dem Projekt *ProKids*
des Beratungsnetzwerkes *Grenzgänger* Bochum

Gefördert durch:



Alle Fotos: ©Grüner Vogel e.V.

Herausgeber:

Grüner Vogel e.V.

Vorstand: Claudia Dantschke, Alma Fathi, Ali Yildirim
Swinemünder Str. 2, 10435 Berlin

Tel: +49 30 3390 8159

info@gruenervogel.de

www.gruenervogel.de

Fünf Jahre nach dem Ende des *Kalifats*

Eine Zwischenbilanz der Deradikalisierungsarbeit der *Beratungsstelle Leben* des Vereins *Grüner Vogel e.V.* mit Rückkehrerinnen und ihren Kindern

Podiumsdiskussion:

2. Chance nur für Frauen? – Deutschland im europäischen Vergleich

Sofia Koller, Senior Research Analyst, Counter Extremism Project (CEP)

Thomas Schmidinger, Associate Professor an der University of Kurdistan
Hewlêr (Irak) und Lektor an der Universität Wien

Susanne Wittmann, Grenzgänger ProKids, IFAK e.V.

Claudia Dantschke, Grüner Vogel e.V.

Moderation: Axel Schurbohm, BAG RelEx

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des *Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF)* oder des *Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BMI)* dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor bzw. tragen die Autoren die Verantwortung.

Vorwort

Am 23. März 2019 gelang es den Demokratischen Kräften Syriens (SDF) im syrischen Baghuz, das Ende des vom IS ausgerufenen *Kalifats* als territoriale Einheit zu besiegeln. In sieben Rückführungsaktionen holte die Bundesregierung von August 2019 bis November 2022 insgesamt 27 Frauen, 80 Kinder und einen jungen Mann, der als Elfjähriger von seiner Mutter nach Syrien gebracht worden war, aus kurdischen Flüchtlingscamps im Nordosten Syriens nach Deutschland zurück. Rund 270 Personen (überwiegend Männer) waren bereits vor dem Ende des Kalifats nach zum Teil sehr kurzen Aufenthalten in Syrien zurückgekehrt.

Die *Beratungsstelle Leben* des Vereins *Grüner Vogel e.V.* und das Projekt *ProKids* des Beratungsnetzwerks *Grenzgänger* Bochum sind von der *Beratungsstelle Radikalisierung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF)* geförderte, bundesweit tätige Deradikalisierungs-Einrichtungen im Phänomenbereich „islamistischer Extremismus“. Schwerpunkt der Arbeit ist die Unterstützung der Deradikalisierung und Reintegration von Rückkehrer*innen aus jihadistischen Kampfgebieten und ihren Kindern.

Das Ende des Kalifats vor fünf Jahren war für uns Anlass, auf einer Fachtagung am 14. März 2024 in Berlin eine Zwischenbilanz unserer Arbeit zu ziehen. Vor welchen Herausforderungen standen wir und welche Lehren können wir ziehen, auch im Hinblick auf zukünftige Präventionsmaßnahmen? Und welche Aufgaben liegen noch vor uns, denn die IS-Ideologie, die hinter dem Kalifat steht, ist nach wie vor virulent? Den Abschluss der Tagung bildete eine Podiumsdiskussion, in der die Arbeit Deutschlands im europäischen Vergleich näher beleuchtet und die Frage nach der Rückführung der zum IS ausgereisten Männer gestellt wurde.

Die vorliegende Broschüre gibt die Podiumsdiskussion wieder. In einer weiteren Broschüre haben wir das Panel des Fachtages dokumentiert, auf dem wir einen Einblick in unsere Arbeit mit Rückkehrerinnen gegeben haben.

Claudia Dantschke

30.04.2024

Vorstellung des Podiums

Sofia Koller ist Senior Research Analyst im Berliner Büro des *Counter Extremism Project CEP*, wo sie zur Prävention von islamistischem Extremismus arbeitet, insbesondere zur Strafverfolgung und Reintegration von zurückkehrenden Foreign Fighters, und als externe Beraterin das *Radicalisation Awareness Network* der Europäischen Kommission unterstützt. Von 2018 bis 2021 war sie Research Fellow bei der *Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik DGAP*, wo sie das *International Forum for Expert Exchange on Countering Islamist Extremism - infoex* leitete. Zuvor war sie

als Projektkoordinatorin und Beraterin im Libanon und in Frankreich tätig. Sofia Koller studierte International Conflict Studies am *Kings College* in London.



Thomas Schmidinger hat Politikwissenschaft sowie Sozial- und Kulturanthropologie studiert und forscht schwerpunktmäßig über den Nahen Osten, religiösen Extremismus und das Verhältnis von Staat und Religion. Er ist Associate Professor an der *University of Kurdistan* in Erbil und Leiter des dortigen Instituts für Politikwissenschaft. Er lehrt auch an der Universität Wien und an der Fachhochschule Oberösterreich in Linz, wo er im Studiengang Soziale Arbeit über jihadistische Radikalisierung unterrichtet. Da einer seiner Forschungsschwerpunkte die Kurdengebiete in Syrien sind, hat er in den letzten Jahren immer wieder Eltern von jungen Jihadistinnen bei der Suche nach ihren Kindern in Syrien unterstützt.

Susanne Wittmann studierte Soziale Arbeit und Management in sozialen Organisationen. Seit 2000 ist sie bei *IFAK e.V. - Verein für multikulturelle Kinder- und Jugendhilfe - Migrationsarbeit* in verschiedenen Bereichen tätig. Seit 2012 leitet sie dort

das *Beratungsnetzwerk Grenzgänger* im Themenfeld religiös begründeter Extremismus. Anfang 2024 kam das Projekt *Grenzgänger / ProKids* hinzu, das eine Lücke in der Beratungslandschaft schließt und Kinder von Rückkehrerinnen begleitet. Susanne Wittmann ist zertifizierte systemische Beraterin der DGSF und professionelle Trauerbegleiterin.

Claudia Dantschke studierte Arabisch und Französisch an der Universität Leipzig und arbeitete von 1986 bis 1990 als Fremdsprachenredakteurin in der arabischen Redaktion der DDR-Nachrichtenagentur ADN. Ab 1993 arbeitete sie als freie Journalistin für den deutsch-türkischen Sender *AYPA-TV*. Ihre Recherchen führten unter anderem zum Verbot der radikal-islamistischen *Hizb ut-Tahrir*. Von 2002 bis 2020 war Dantschke Mitarbeiterin der *ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH*, wo sie bis Ende 2020 die von ihr im Sommer 2011 mitgegründete Beratungsstelle *HAYAT* leitete. Seit Januar 2021 ist sie Vorstand des neu gegründeten Vereins *Grüner Vogel e.V.* und leitet dort die *Beratungsstelle Leben*, mit der sie die Arbeit von *HAYAT* fortsetzt. Seit 2011 berät Dantschke Angehörige von Personen, die sich salafistisch und/oder jihadistisch radikalisiert, sowie Aussteigerinnen und Aussteiger aus der Szene.

Axel Schurbohm studierte Soziale Arbeit an der Fachhochschule Kiel sowie Migration und Diversität mit dem Schwerpunkt Naher Osten/Türkei an der *Christian-Albrechts-Universität zu Kiel*. Darüber hinaus ist er ausgebildeter systemischer Berater (DGSF). Für die Präventions- und Beratungsstelle *PROvention* schulte er Lehrer*innen und Schüler*innen in primärpräventiven Angeboten und beriet Betroffene von religiös motivierter Radikalisierung. Zudem baute er die Fachstelle *Liberi - Aufwachsen in salafistisch geprägten Familien* mit auf. Seit 2020 ist er Fachreferent für religiös begründeten Extremismus bei der *Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus e.V. (BAG RelEx)*.

Podiumsdiskussion

2. Chance nur für Frauen? - Deutschland im europäischen Vergleich

Axel Schurbohm: Bevor wir auf die Rückführung von IS-Rückkehrern zu sprechen kommen und die Experten fragen, ob es eine zweite Chance nur für Frauen gibt,

möchte ich zunächst von Frau Koller wissen, wie Deutschland im europäischen Vergleich bei der Rückführung und Reintegration von IS-Rückkehrerinnen abschneidet.

Sofia Koller: Ich bin gebeten worden, über Rückkehr, Strafverfolgung, Rehabilitierung und Reintegration von Rückkehrerinnen im europäischen Vergleich zu sprechen. Ich möchte dies anhand von zwei Beispielen tun, über die ich sprechen werde: Frankreich und die Niederlande.

In Frankreich wurden lange Zeit keine Erwachsenen, sondern nur 35 Minderjährige unter 21 Jahren zurückgeführt, bis es zu einer Änderung der Politik kam, so dass erst ab Sommer 2022 in mehreren Operationen auch erwachsene Frauen mit ihren Kindern zurückgeführt wurden. Nach der Ankunft werden die Frauen systematisch von ihren Kindern getrennt, die in der Regel direkt in Pflegefamilien kommen, wo sie die ersten Monate bleiben, bevor sie eventuell in die Herkunftsfamilie zurückkehren. Die strafrechtliche Verfolgung von Rückkehrerinnen ist einfacher als in Deutschland. Die meisten kommen in Untersuchungshaft und werden dann wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung oft zu langen Haftstrafen verurteilt. Im Durchschnitt sind es etwa sechs Jahre. In Frankreich ist das Haftmanagement ähnlich wie bei extremistischen Straftätern, d.h. die Frauen kommen zunächst für einige Wochen in Evaluationseinheiten, wo ihre Gefährlichkeit eingeschätzt wird, und können dann entweder in den regulären Strafvollzug kommen, wenn sie als wenig gefährlich eingeschätzt werden, oder sie können in Isolationshaft kommen, wenn sie besonders gefährlich sind. Etwa ein Drittel der Fälle wird in solche Präventionsabteilungen eingewiesen, wo der Distanzierungsprozess sozusagen angeregt werden soll. Das ist ein multiprofessionelles Fallmanagement, ähnlich wie in Deutschland gibt es viele Komponenten, das hat sich im europäischen Vergleich durchgesetzt. Dieses Case-Management kann auf richterliche Anordnung auch nach der Entlassung fortgesetzt werden, allerdings nur in einigen französischen Großstädten, nicht wie hier in Deutschland, wo vielerorts Netzwerke bestehen.

Etwas anders stellt sich die Situation in den Niederlanden dar. Auch hier wurden Erwachsene lange Zeit nicht rückgeführt. Die niederländische Regierung war der Ansicht, dass Erwachsene dort strafrechtlich verfolgt werden sollten, wo sie ihre Straftaten begangen haben. Erst im Juni 2021 wurden in drei Operationen die ersten erwachsenen Frauen zurückgeführt, um ihre Straflosigkeit zu verhindern. Die

niederländischen Gerichte hatten mehrere Frauen in Abwesenheit angeklagt, während sie sich in den kurdischen Lagern im Nordosten Syriens aufhielten. Aber die Frauen sagten, sie wollten ihr Recht wahrnehmen und vor Gericht erscheinen. Daraufhin wurden die Verfahren ausgesetzt, und als klar wurde, dass die Frauen wahrscheinlich nicht zurückkehren würden, haben die Gerichte in Aussicht gestellt, die Verfahren einzustellen. Und um Strafflosigkeit zu vermeiden, hat die niederländische Regierung beschlossen, diese Frauen zurückzuholen. Das ist eine ganz andere Motivation im Umgang mit den Rückkehrer*innen als in anderen Ländern. Die Haftstrafen für Frauen liegen in den Niederlanden bei knapp zwei Jahren und damit deutlich unter denen in Frankreich. Auch in den Niederlanden gibt es eine getrennte Unterbringung von Frauen in bestimmten Gefängnissen, auch das orientiert sich am Management der Männer. Es gibt besondere Sicherheitsmaßnahmen in den Gefängnissen und auch hier geht es dann um Case Management, also Reintegrationsmaßnahmen und erste Rehabilitierungsversuche.

Das kann nach der Haft weitergehen, im sogenannten Safety House Modell, das ist von Kommune zu Kommune etwas unterschiedlich. Aber auch da hat sich durchgesetzt, dass multiprofessionelle Sicherungs- und Unterstützungsmaßnahmen dann im Einzelfall angeordnet werden und in allen Fällen äußern sich die Praktiker und Praktikerinnen, mit denen wir im Rahmen eines Forschungsprojektes gesprochen haben, vorsichtig positiv, das läuft eigentlich ganz gut. Ähnlich wie in Deutschland sind die Kinder, die Traumabewältigung und die Übernahme von Verantwortung für das eigene Handeln große Themen. Das Spannende ist, dass die Gefahr, die gesehen wird, eigentlich weniger in der Begehung von Gewalttaten durch diese Frauen gesehen wird, als vielmehr in der Rückkehr in die jihadistische Szene und den damit verbundenen Gefahren auf einer anderen Ebene.

Axel Schurbohm: Vielen Dank für den kurzen Überblick, wir werden das sicherlich im Laufe der Diskussion noch vertiefen. Herr Schmidinger, wir haben jetzt gehört, wie es in Frankreich und in den Niederlanden läuft, können Sie uns, obwohl Sie gerade im Irak sind, einen Einblick in die Situation in Österreich geben, was sind die Besonderheiten aus Ihrer Sicht?

Thomas Schmidinger: Wenn ich mir den Titel der Diskussion anschau: „Zweite Chance nur für Frauen?“, dann werde ich als Österreicher neidisch. Österreich gibt auch den Frauen keine zweite Chance, Österreich hat noch keine einzige

erwachsene Person zurückgeführt. Ich interpretiere das als Politikwissenschaftler so, dass es eine politische Entscheidung gegeben hat, nämlich dass die Regierungspartei ÖVP, die das Außenministerium stellt, keine erwachsenen Personen zurückführt, das aber nicht öffentlich sagt. Was öffentlich gesagt wird, wenn Journalistinnen und Journalisten im Außenministerium anrufen, ist, dass es zu gefährlich ist, dorthin zu fahren, dass man keinen Kontakt zur Selbstverwaltung im Nordosten Syriens hat, dass es im Moment nicht geht, dass man nicht weiß, ob die Frauen überhaupt zurückkehren wollen und so weiter. Ich habe immer gesagt, wenn mich Journalisten angerufen haben und einen Kommentar haben wollten, ich kann mir nicht vorstellen, dass das österreichische Außenministerium so viel unfähiger ist als das deutsche, das finnische oder das französische oder die österreichischen Polizisten so viel feiger sind als die französischen, deutschen oder finnischen Polizisten und nicht in der Lage sind, dorthin zu gehen, wo all diese anderen europäischen Länder Personal hingeschickt haben, um die Frauen zurückzuholen. Das heißt, ich kann das nur so interpretieren, dass es eine politische Entscheidung gab, und in den Hintergrundgesprächen wird das auch zugegeben, dass es eine politische Entscheidung gab, die Erwachsenen nicht zurückzuführen.

Die einzigen vier Personen, die zurückgeführt wurden, waren vier Kinder. Zwei davon habe ich persönlich mit der Großmutter dieser Kinder im Lager Al Hol gesucht, das war ziemlich schwierig, aber das würde jetzt den Rahmen sprengen, das alles zu beschreiben. Der Grund, warum diese vier Kinder zurückgeholt wurden, ist, dass gerade bei den beiden, die ich gesucht habe, davon ausgegangen wird, dass die Mutter nicht mehr am Leben ist, es sich also um Waisenkinder handelt, wobei das nicht hundertprozentig sicher ist, weil es keine Leiche der Mutter gibt. Diese Mutter war mit den Kindern in Baghuz, in dieser letzten Bastion des IS in Syrien, und dann waren die Kinder bei einer anderen Frau im Lager Al Hol und die Mutter war nicht mehr bei Ihnen und man hat die Mutter auch nicht gefunden. In diesem Fall waren die österreichischen Behörden schließlich nach längerer Zeit bereit, diese beiden Kinder zu den Großeltern zurückzubringen.

Im zweiten Fall war es so, dass die Mutter der beiden Kinder eine nichtösterreichische Staatsbürgerin ist, die Kinder aber über die Staatsbürgerschaft des Vaters, der nicht mehr lebt, österreichische Staatsbürger sind. In diesem Fall war die Mutter bereit, die Kinder herauszugeben, weil sie noch weitere Kinder hatte, und dann hat sie diese beiden Kinder nach Österreich abgegeben, ohne selbst mitzufahren. In

diesen beiden Fällen war das österreichische Außenministerium also bereit, die Kinder alleine zurückzunehmen. Bei allen Erwachsenen, sowohl Frauen als auch Männern, waren sie dazu bisher nicht bereit bzw. behaupten, dass sie dazu aus unterschiedlichen Gründen nicht in der Lage seien.

Wir wissen nicht genau, wie viele Österreicher in den Lagern sind, aber es ist eine relativ kleine Gruppe. Ich kenne viele, aber das heißt natürlich nicht, dass ich alle kenne, aber ich schätze, es sind höchstens ein Dutzend Personen, Frauen und Männer zusammen. Die Frauen haben natürlich immer mehrere Kinder und zum Teil wissen wir ja, dass es in Al Hol auch, ich sag jetzt mal zynisch, eine Kinderproduktion gibt, zu der teilweise sehr jungen Buben, die noch bei ihren Müttern sind, herangezogen werden. So ist es auch der Fall bei einer österreichischen Frau. Solange diese Leute nicht zurückgeführt werden, gibt es auch immer mehr europäische Kinder, die noch in diesen Lagern gezeugt und geboren werden.

Wenn jemand aus Syrien zurückkommt – einige wenige haben es ja geschafft, ohne Hilfe des österreichischen Außenministeriums zurückzukommen -, dann ist die österreichische Rechtslage so, dass man mit dem Paragraphen 278b, Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, relativ einfach eigentlich jeden, der freiwillig in den Islamischen Staat gegangen ist, zu bis zu 10 Jahren Haft verurteilen kann.

Axel Schurbohm: Recht herzlichen Dank für Ihre Einschätzung der Situation in Österreich und dem Umgang mit Rückkehrer*innen. Frau Dantschke, wie sehen Sie die Situation für Frauen und Kinder in Deutschland und wie sieht es mit den Männern aus?

Claudia Dantschke: Ich glaube schon, dass Deutschland im westeuropäischen Vergleich so etwas wie ein Vorreiter ist, weil in keinem westeuropäischen Land die Einbindung der Zivilgesellschaft in diese Strukturen so intensiv ist, das läuft alles eher auf staatlicher Ebene. In Österreich gibt es zwar auch zivilgesellschaftliche Deradikalisierungs-Beratungsstellen, aber ich weiß nicht, wie die überhaupt eingebunden sind. Jedenfalls nicht so wie hier in Deutschland. Wir haben ein richtiges Netzwerk von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Strukturen und das Besondere ist auch der Umgang mit Kindern. Das ist schon relevant, wenn die Kinder zunächst nicht in Obhut genommen werden, sondern zu den Großeltern oder anderen Verwandten kommen, was bei uns zumindest bei den großen Rückführungsaktionen in fast allen Fällen gelungen ist. Oft hatten die Mütter in Camp al-Hol ihre Kinder schon darauf

vorbereitet und teilweise kannten die Kinder ihre Großmutter zumindest von WhatsApp-Fotos, es sind zwar immer noch fremde Menschen, aber es ist nicht so etwas völlig Unbekanntes.

Auch der individuelle Zugang in Deutschland – es reicht eben nicht, dass ich als Frau nach Syrien zum IS ausgereist bin, es muss eine Unterstützungshandlung nachgewiesen werden, das ist in Österreich anders, da reicht die Ausreise und dann kommst du ins Gefängnis zu teilweise relativ hohen Haftstrafen. Und hier wird im Einzelfall genau geschaut, was man wem ganz konkret nachweisen kann. Wir haben hier viele Prozesse beobachtet und ich fand manche schon ein bisschen grenzwertig, aber im Großen und Ganzen finde ich das System hier besser, weil es sehr auf den Einzelfall eingeht und ein Hilfenetz darum herum entsteht. Das scheint mir in den anderen Ländern sehr pauschal abgehandelt zu werden: Das ist eine Rückkehrerin und dafür gibt es diese Handlungsmöglichkeiten und das Individuelle fällt ein bisschen runter.

Axel Schurbohm: Frau Wittmann, ich würde Sie bitten, noch einmal konkreter auf das Thema Kinder einzugehen. Wie ist Ihre Einschätzung für Deutschland. Inwieweit sind wir gut vorbereitet, was geschieht mit den Kindern, die bei Ihnen in der Betreuung sind, wie ist da die aktuelle Situation?

Susanne Wittmann: Ich glaube, dass wir in der Gesellschaft die Einstellung haben, dass die Kinder zu den Müttern gehören und die Väter weniger wichtig sind. Aber für die Kinder spielen die Väter natürlich eine riesige Rolle. Das ist sehr wichtig für die Identitätsfindung, wo ist der Vater, wann kommt der Vater, wie ist die Beziehung zum Vater. In unserem Beispiel vorhin haben wir das gesehen: Das war ein Stiefvater, zu dem das Kind eine besondere Bindung hatte oder immer noch hat, nämlich der Stiefvater in Syrien, der auch in Syrien geblieben ist und der leibliche Vater, der in Deutschland zu Hause ist, zu dem hat das Kind eine sehr schlechte Beziehung. Irgendwann, je nach Alter, kommen die Kinder auf die Frage, wer sind meine leiblichen Eltern, wer ist das und wo komme ich her und was sind das für Menschen und dann geht es darum, das aufzufangen und bei den Kindern zu sein. Wir helfen den Eltern auch immer zu schauen, wo steht das Kind jetzt in seiner Entwicklung, wo ist es schon so weit zu verstehen und wo braucht es noch ein bisschen Zeit.

Alle Väter haben das Recht, ihre Vaterrolle wahrzunehmen. Ich hoffe, dass es irgendwann zu einer Rückführung der Väter kommt und dann geht es darum, dass man ins Gefängnis geht und sie in ihrer Vaterrolle erlebt.

Axel Schurbohm: Frau Koller, wenn ich mich recht erinnere, war es vor einiger Zeit noch so, dass Frankreich die Trennung sofort bei der Ankunft in Paris vorgenommen hat, die Kinder wurden über einen längeren Zeitraum psychologisch begutachtet, was aus meiner fachlichen Sicht durchaus schwierig ist. Ich kenne es aber auch aus dem europäischen Kontext, dass wir Deutschen immer sehr gut darin sind, anderen zu sagen, was sie nicht richtig machen. Mich würde interessieren, wo sind die Stärken gerade in den Niederlanden oder auch in Frankreich, wo Sie sagen würden, da können wir auch was lernen, da funktioniert was gut?

Sofia Koller: Vielleicht noch einmal zu Frankreich: Einer der Hauptkritikpunkte war der Umgang mit Kindern. Das ist sehr kontrovers diskutiert worden. Zu Frankreich muss man aber auch immer wieder sagen, dass die französische Gesellschaft, aber auch die Sicherheitsbehörden, die Politik auf eine ganz andere Art und Weise traumatisiert waren und sind. Frankreich hat durch verschiedene, wirklich sehr blutige Terroranschläge über einen längeren Zeitraum einen ganz anderen Einschnitt erlebt. Jedes Land reagiert anders, jedes Land hat eine andere Geschichte, die es mitbringt, geht mit einem anderen Blick da rein. Was hätten wir in Deutschland gemacht, wenn der Anschlag auf dem Breitscheidplatz 300 Tote gefordert hätte? Wir hätten vielleicht anders reagiert.

Das sehe ich sehr kritisch, dass die Kinder erst einmal getrennt werden, wenn sie kommen, und vor allem, dass sie erst einmal für eine wirklich lange Zeit in Pflegefamilien kommen, manchmal ein halbes Jahr, und erst dann überhaupt die Entscheidung getroffen wird, ob sie vielleicht irgendwann wieder in die Herkunftsfamilie zurückkehren können. Das hängt aber auch damit zusammen, dass die Herkunftsfamilien oft als Ursache für die Radikalisierung gesehen werden. Es gibt ein großes Misstrauen gegenüber diesen Familien, sie werden erst jetzt langsam auch als Ressource gesehen. Und damit komme ich zum Positiven in Frankreich: Die Franzosen sind sehr lernfähig, sie nehmen die Kritik aus anderen Ländern ernst, auch gerade aus Deutschland. Sie überlegen, ob das vielleicht zu viel war, ob man das anpassen kann. Es gibt jetzt Überlegungen, wie man die Kinder schneller in die Herkunftsfamilie zurückbringen kann.

Das mit den Pflegefamilien war am Anfang in der Region Paris einfach, weil die Kinder am Flughafen ankommen und das Jugendamt, das zuständig ist, ist in dieser Flughafenregion. Und dann ist es natürlich einfach eine Frage der Zuständigkeit, das kann man nicht so einfach wegdiskutieren. Aber mittlerweile ist es so – auch weil die Pflegefamilien in der Region völlig überlastet sind und gar nicht alle Kinder aufnehmen können –, dass man versucht, zu schauen, wo die Frauen inhaftiert sind, um dann die Kinder in diese Regionen zu schicken. Die Frauen sind zwar in bestimmten Gefängnissen inhaftiert, aber trotzdem muss man schauen, dass die Kinder zumindest in der Nähe sind, damit diese räumliche Trennung nicht so extrem ist.

Das Interessante an den Niederlanden ist, dass sie nicht einen Netzwerkansatz verfolgen, wo sozusagen die Akteure sehr frei arbeiten und sich absprechen, sondern dass in diesem Safety House Modell eigentlich alle Akteure an einem Tisch sitzen und sich absprechen. Für diesen Informationsaustausch ist in den letzten Jahren eine gesetzliche Grundlage geschaffen worden. Das ist ja in Deutschland immer wieder das Problem, dass Informationen nicht geteilt werden können – manchmal wird das auch ein bisschen als Ausrede genommen. Natürlich ist es von Vorteil, wenn alle in einem Haus sitzen. Das zeigen auch andere europäische Länder, dass der Informationsfluss besser funktionieren kann.

Axel Schurbohm: Es gibt einen sehr starken Austausch, es wird sehr darauf geachtet, auch im Sinne der Klient*innen, dass für alle, ob Kinder oder Rückkehrer*innen, das bestmögliche Unterstützungsangebot zur Verfügung gestellt wird. Frau Wittmann, Frau Dantschke, da Sie in der Praxis sowohl mit den Kindern als auch mit den Eltern bzw. Müttern arbeiten, die Frage an Sie: Wie sieht die Zusammenarbeit in Deutschland aus?

Claudia Dantschke: Wir sind eigentlich immer die, die dazwischen hängen, vor allem wenn es um Sicherheitsbehörden und Jugendämter geht. Es gibt bestimmte Gesprächsrunden, wo wir uns fragen: Warum sitzen die Sicherheitsbehörden jetzt mit am Tisch, wenn Themen besprochen werden, die eher für das Jugendamt wichtig sind. In einem Bundesland haben wir uns darüber auch schon gestritten, weil wir keine Notwendigkeit gesehen haben, dass die Sicherheitsbehörden bei einer dieser Fallkonferenzen dabei sind, wo keine sicherheitsrelevanten Aspekte besprochen werden. Aber die Sicherheitsbehörden sind in dem Fall drin, müssen die Gefährdung der Person einschätzen und natürlich auch den Fallverlauf mitbekommen.

Und dann kommt das Jugendamt und sagt: Nein, wir können jetzt nicht mitreden, wenn die Sicherheitsbehörden dabei sind. Das ist manchmal schwierig. Aber im Großen und Ganzen haben wir gute Erfahrungen gemacht. Man schaut, welche Themen wie besprochen werden.

In den Bundesländern, in denen die Rückkehrkoordination installiert war, hat das sehr gut funktioniert, weil es eine klare Struktur gab. Aber auch in den anderen Bundesländern, wo es das nicht gab, sind die Landeskoordinationen hier eingesprungen. Insofern haben wir da sehr gute Erfahrungen gemacht. In manchen Ländern muss man selbst ein bisschen mehr Klinken putzen und sich engagieren, um in bestimmten Fällen alle an einen Tisch zu bekommen oder deutlich zu machen, dass man auch mit am Tisch sitzen muss, wenn 20 Leute fragen, wie es weitergeht und dann ohne einen am Tisch sitzen und weiterdiskutieren. Aber mittlerweile hat sich das so eingependelt, das sind alles Lernprozesse, wo ich sagen kann, das läuft eigentlich ganz gut.

Axel Schurbohm: Frau Wittmann, Sie kommen ja ursprünglich aus der Kinder- und Jugendhilfe, da gibt es Hilfeplangespräche und ganz klare Strukturen. Strukturen, die es sonst in Arbeitszusammenhängen der Sozialen Arbeit gibt, wie gestalten sich die in dem Bereich, über den wir jetzt sprechen, wie nehmen Sie das wahr in Bezug auf die Zusammenarbeit?

Susanne Wittmann: Ich sehe schon, dass es da noch Verbesserungsbedarf gibt. Wir sind ja auch in verschiedenen Bundesländern tätig und das mit den Jugendämtern, das kommt noch dazu, das ist ja eine kommunale Geschichte, also auch da reicht es nicht, mit einem Landesjugendamt Kontakt aufzunehmen, sondern jede Familie hat ein anderes Jugendamt. Da kommt es dann darauf an, dass das Jugendamt bereit ist, mit uns zusammenzuarbeiten. Wir stellen uns gerne bei den Jugendämtern vor und sind ein freiwilliges Angebot. Man muss auch zur Zusammenarbeit einladen und die Türen öffnen, sonst ist es schwierig. Ich mache da sehr unterschiedliche Erfahrungen von Kommune zu Kommune. Es gibt Jugendämter, wo wir gemeinsam an einem Strang ziehen, wo wir gemeinsam an einem Tisch sitzen beim Hilfeplangespräch und wo sehr transparent gearbeitet wird, wo wir sagen können, das ist ein sehr guter Fall, der auch in eine gute Richtung geht, wo wir sehr viele Erfolge bei den Kindern sehen.

Und dann gibt es aber auch Jugendämter, wo wir versuchen, uns vorzustellen, weil wir wissen, dass das Jugendamt auch Rückkehrerkinder betreut, die uns aber nicht einladen und sagen: Nein, wir brauchen euch nicht, wir schaffen das alleine. Oder sie sagen: Wir haben schon so viele Akteure am Tisch, wir wollen nicht noch einen. Das ist natürlich ein Mehraufwand, noch ein Telefonat, noch ein Akteur, der mit einbezogen werden muss, aber letztendlich ist es für die Kinder zielführender und eine Entlastung und ich glaube, es ist auch der richtige Weg, uns aufgrund unserer Fachlichkeit mit einzubeziehen. Es gibt auch die Frage der Zuständigkeit, ist es ein Vormund, ist es eine Pflegefamilie und so weiter. Da braucht es immer Zugänge und wenn die Zugänge geschaffen werden und wir den Kontakt zu den Kindern und zu den Erziehungsberechtigten bekommen, dann ist das immer der beste Weg, weil wir über die Beziehungsarbeit die Kinder erreichen. Hier muss aber noch mehr Transparenz geschaffen werden, noch mehr Offenheit. Wir haben eine sehr gute Zusammenarbeit mit den kommunalen Jugendämtern, aber das ist nicht einheitlich von Bundesland zu Bundesland und auch nicht innerhalb eines Bundeslandes. Das liegt auch am Engagement der einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Es gibt durchaus Jugendamtsleiterinnen, die sagen: Toll, da gibt es ein kostenloses Angebot, warum nutzen wir das nicht? Und andere sagen: Nein, das wollen wir nicht. Ich weiß, dass es bei manchen Kindern wirklich Rückschritte gibt, dass die sozialpädagogische Familienhilfe (SPFH) überfordert ist, dass die Einrichtung sehr ambivalent gesehen wird. Ich glaube, da gibt es Verbesserungsbedarf.

Axel Schurbohm: Herr Schmidinger, wie stehen Sie zur Rückführung aller Staatsbürger, die zum IS ausgereist sind, unabhängig vom Geschlecht?

Thomas Schmidinger: Meine Position ist ganz klar: Nicht nur aus menschenrechtlichen Gründen, sondern vor allem aus Sicherheitsgründen müssen die europäischen Bürgerinnen und Bürger zurückgeführt werden, und zwar auch die Männer. Ich kenne die Region in Nord- und Ostsyrien, in der die meisten Betroffenen inhaftiert sind, sehr gut. Die politische und militärische Lage dort ist äußerst instabil und niemand von uns weiß, ob es diese Region in ein oder zwei Jahren noch geben wird. Wir haben die Möglichkeit, diese Menschen entweder geordnet zurückzuführen und dann entsprechende rechtsstaatliche Verfahren durchzuführen, oder wir riskieren, dass diese Menschen bei einem Angriff der Türkei, des syrischen Regimes, der pro-iranischen Milizen oder welcher Gewaltakteure auch immer unregelt freikommen und dann auf eigene Faust zurückkommen. Wir dürfen nicht

vergessen, dass viele der Betroffenen nach wie vor extrem ideologisiert sind. Im Lager Al Hol herrscht nach wie vor die Ideologie des *Islamischen Staates* und auch in den Gefängnissen sind längst nicht alle in irgendeiner Form deradikalisiert. Der *Islamische Staat* existiert nicht mehr als Staatsprojekt, aber als Organisation. Das heißt, ich halte es für ein Sicherheitsrisiko, diese europäischen Staatsbürger nicht zurückzuführen.

Der zweite Punkt sind die Kinder. Man muss zwischen den Lagern unterscheiden. Das Lager Roj ist viel geordneter und besser, aber in Al Hol wachsen diese Kinder weiterhin mit der Ideologie des *Islamischen Staates* auf. Sie haben sich strafrechtlich nichts zu Schulden kommen lassen. Wenn wir uns jetzt das Worst-Case-Szenario vorstellen, dass diese Frauen mit den Kindern dort jahrelang festgehalten werden und dann irgendwann freigelassen werden, dann haben wir dort Jugendliche, die die österreichische oder eine andere europäische Staatsbürgerschaft haben, die sich nichts haben zuschulden kommen lassen und demzufolge nicht strafrechtlich verfolgt werden können, die aber nicht nur mit der Ideologie des sogenannten *Islamischen Staates* aufgewachsen sind, sondern wahrscheinlich auch mit einem gewissen Rachebedürfnis nach Europa zurückkehren.

Axel Schurbohm: Frau Dantschke, sehen Sie das ebenso, besonders im Hinblick auf die Männer?

Claudia Dantschke: Erinnern wir uns an die Situation der Männer, als sie beim IS waren: Sie waren die Starken, die Mächtigen, sie hatten alles, sie waren die Herrscher, sie übten Gewalt aus. Es war eine unheimliche Macht, die sie in ihren Händen hielten. Und jetzt? Jetzt befinden sie sich in einer Situation der Ohnmacht, sitzen zum Teil zusammengepfercht in Massenzellen ohne Kontakt zur Außenwelt. Ich frage mich, was das psychisch mit den Menschen macht – nicht nur ideologisch, sondern auch psychisch. Ich stimme Herrn Schmidinger völlig zu. Ich kann verstehen, dass man Menschen, die auf Leichenbergen gegessen, die Opfer verhöhnt und für den IS geworben haben, aus humanitären Gründen nicht nach Hause holen will. Aber aus sicherheitspolitischen Gründen wäre es sinnvoll. Irgendwann werden diese Männer kommen, weil man sie nicht die nächsten dreißig Jahre dort behalten kann. Und dann kommen vielleicht Psychopathen zurück, die man auch nicht mehr deradikalisieren kann. Davor habe ich Angst.

Und von welcher Größenordnung reden wir eigentlich? Für Deutschland gibt es zwei Zahlen: Die Männer, die einen Bezug zu Deutschland haben, also zum Beispiel in Deutschland aufgewachsen sind und Väter deutscher Kinder sind, aber keine deutsche Staatsbürgerschaft haben. Und dann gibt es die Zahl der deutschen Staatsbürger. Nach meinem Kenntnisstand sind es derzeit 36 deutsche Staatsangehörige, also eine durchaus überschaubare Zahl. Zwei Deutsche sind bereits in der Haft an Krankheiten verstorben. Und dann gibt es die Zahl 46, das sind die Männer, die einen Bezug zu Deutschland haben. Ein Land mit über 80 Millionen Einwohnern sollte in der Lage sein, 46 Männer zurückzuholen und hier vor Gericht zu stellen. Die kämen auch nicht alle auf einmal zurück, man könnte mit den leichteren Fällen anfangen. Ich glaube, dass wir mit ihnen arbeiten können. Aber ich gehe davon aus, dass viele psychisch so instabil sein werden, dass wir als Nichtpsychologen zunächst keinen Zugang zu ihnen finden werden. Wir haben jetzt schon Frauen, die erst einmal psychologische Hilfe brauchen.

Ich glaube, auf europäischer Ebene weiß das jeder, jedes Land, die Sicherheitsbehörden, alle wissen, was das für ein Sicherheitsrisiko ist. In einem halben Jahr gewinnt vielleicht Trump die Wahlen in den USA, was passiert dann? Die Amerikaner wollen sich aus Syrien zurückziehen und Trump wird es wahr machen. Im Moment habe ich das Gefühl, dass auf EU-Ebene jeder auf den anderen schaut und sagt, eigentlich müssten wir etwas tun, aber wir wollen jetzt nicht die Ersten sein. Wer macht den ersten Schritt? Dann werden die anderen folgen, das ist mein Eindruck.

Sofia Koller: Ja, ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Punkt, dass es diese verschiedenen Argumente gibt, also die menschenrechtlichen, die humanitären, aber eben auch den sicherheitspolitischen Aspekt, da kann sich jeder Akteur sein Argument herauspicken. Was ich schon bemerkenswert finde, ist diese abwartende Haltung, eine sehr zynische Haltung, die sagt: Zwei sind schon gestorben, wenn wir abwarten, dann erledigt sich das Problem vielleicht von selbst. Ich spreche jetzt nicht von Deutschland, ich spreche von mehreren Ländern. Ich glaube, das ist ein Schuss, der mittel- oder langfristig nach hinten losgeht.

Ich frage mich, ob eine europäische Maßnahme der richtige Ansatz wäre? Die Herangehensweisen und die Argumente, warum die Frauen und Kinder nicht zurückgeführt werden, sind schon so unterschiedlich, dass ich da meine Zweifel habe. Aus Deutschland höre ich, dass die Kurden die Frauen nicht von den Kindern trennen,

wenn man also die Kinder holen will, muss man die Frauen mitnehmen. Aus dem Auswärtigen Amt heißt es dann wieder, wir haben auch schon aus humanitären Gründen gehandelt und es gibt auch Gerichtsurteile. Aus den Niederlanden heißt es: Bevor sie der Bestrafung entgehen, nehmen wir sie zurück. Ich bin mir auch nicht sicher, ob es ähnliche Gerichtsverfahren gegen Männer gab oder ob sie das gar nicht versucht haben, das weiß ich leider nicht.¹ Und in Frankreich war die Entscheidung noch einmal ganz anders: Am Anfang gab es die strikte Entscheidung, dass niemand zurückgeholt wird, außer Waisenkinder oder sehr kranke Kinder, und die wurden von ihren Müttern getrennt. Die Mütter haben, soweit ich weiß, zum Teil unterschrieben, dass sie ihre Kinder nach Frankreich zurückgeben, aber selbst nicht ausreisen. Das war so ein halblegaler Ansatz, weil die Situation, in der sich die Mütter befanden, nicht wirklich eine Situation der freien Entscheidung war.

Aber was wirklich dazu geführt hat, dass die Frauen zurückgeführt wurden, ist, dass es eigentlich einen wachsenden Konsens im sicherheitspolitischen Establishment in Frankreich gegeben hat: Ja, wir müssen diese Frauen zurückholen. Da gab es offensichtlich einen Schlüsselakteur, der seine Meinung geändert hat. Manchmal hängt es wirklich an einer Person, die sich querstellt – Stichwort: Die Person kann auch mal die Position wechseln, also es ist auch ein Spiel auf Zeit, wer an den entscheidenden Stellen sitzt. Macron hat die Wahl gewonnen, da spielt die innenpolitische Situation auch eine Rolle. Aber in Deutschland ist leider mal wieder aus politischer Sicht nicht so der perfekte Zeitpunkt, um die Männer zurückzubringen.

Was ich sehr interessant fand, war, dass diese Entscheidung, die Frauen zurückzuführen, unter anderem deshalb getroffen wurde, weil sie vor einigen Jahren damit begonnen haben, in den Gefängnissen Kapazitäten aufzubauen. Sie haben diese Evaluierungs- und Präventionseinheiten aufgebaut und bauen sie weiter aus, weil sie damit rechnen, dass es immer mehr extremistische Straftäterinnen geben wird. Das Gefühl, besser auf diese Rückkehrerinnen vorbereitet zu sein, hat auch dazu beigetragen, dass man dann politisch gesagt hat: Okay, wir trauen uns das jetzt zu.

Die Argumente, warum wir alle zurückholen sollten, brauche ich nicht zu wiederholen. Aber ich möchte noch hinzufügen, dass man wirklich nicht besser

¹ Anmerkung Sofia Koller: Bis März 2024 gab es ein Gerichtsverfahren, das aber in erster Instanz gescheitert ist, da keine Gefahr für Leib und Leben gesehen wurde.

vorbereitet sein kann als in Deutschland. Wir haben seit Jahrzehnten Ausstiegsberatungen, wir haben jetzt wirklich umfassende Erfahrungen in den Gefängnissen mit allen möglichen Personengruppen. Der Druck auf die Gefängnisse nimmt ab, die Radikalisierung im Gefängnis ist nicht mehr so ein Problem wie früher und genau wie Frau Dantschke gesagt hat, die kommen nicht alle auf einmal zurück, sondern die verteilen sich. Und dann gibt es Länder wie Russland, die über 200 Männer zurückgeführt haben. Es fällt mir schwer, ein Land wie Russland hier als Vorbild zu nehmen, aber Russland, Kasachstan, Tadschikistan haben das aus einer ganz anderen politischen und sicherheitspolitischen Situation heraus anders gelöst als Westeuropa. Und da frage ich mich, wollen wir wirklich Deutschland so schlecht dastehen lassen, dass wir das nicht schaffen mit all den Strukturen, die wir aufgebaut haben? Ich glaube, da können wir wirklich mehr Mut zeigen und auch im europäischen Vergleich mutig vorangehen. Ob das jetzt ein Alleingang ist, ob die anderen dann mitziehen oder ob man das koordiniert, das ist eine andere Frage, da weiß ich nicht genau, was der beste Ansatz ist, weil jedes Land wieder andere Voraussetzungen hat. Aber Deutschland kann sich da wirklich nicht zurückhalten.

Axel Schurbohm: Danke, Frau Koller, dass Sie den Blick noch einmal nach Zentralasien, nach Kasachstan gelenkt haben. Ich glaube, Kasachstan hatte weltweit die meisten Personen, die zum IS ausgereist sind. Sich jetzt dieser Herausforderung zu stellen, ist noch einmal eine ganz andere Dimension, als wenn wir von 40 Personen sprechen.

Susanne Wittmann: Ich habe wenig Einblick in die Politik und wir haben keine Erfahrung, wie die Männer sind, wenn sie hier sind. Ich fürchte, sie sind eher krank als radikalisiert. Das erinnert mich sehr an die Zeit nach 1945. Da kamen nicht nur vierzig von der Front zurück, die Blutbäder und Leichenberge gesehen hatten. Wer hat sie aufgefangen? Niemand. Wenn wir das vergleichen, was machen wir dann mit einer Handvoll Männer? Das ist absurd, dass wir sie nicht zurückholen. Gerade mit unserer Geschichte müssten wir eigentlich wissen, dass wir die Männer zurückholen und heilen müssen.

Wir brauchen gar nicht nach Zentralasien zu schauen, in Europa schaffen es Staaten, die eine viel schlechtere Infrastruktur haben, viel mehr Menschen zurückzunehmen. Der einzige Staat in Europa, den ich kenne, der alle seine Bürger zurückgeführt hat, ist der Kosovo, der das irgendwie zu schaffen scheint. Das ist natürlich

ein Armutszeugnis, dass alteingesessene Demokratien das nicht schaffen, was ein Staat schafft, der nicht einmal von allen Staaten der Europäischen Union anerkannt wird.

Axel Schurbohm: An einer Stelle möchte ich noch einmal nachfragen: Sie haben die Sicherheitsfrage angesprochen, Herr Schmidinger. Ist es Konsens auf dem Podium, dass es sicherer ist, die Männer zurückzuholen, als sie einfach dort zu lassen?

Thomas Schmidinger: Ja, aus meiner Sicht schon. Aber es kommt darauf an, was man mit diesen Terroristen macht. Ich würde Leute, die potentielle Attentäter sind, lieber in Europa sehen, unter Kontrolle, im Gefängnis und dann vielleicht nach Verbüßung einer Haftstrafe sehen, wie sie sich verhalten, also ob sie noch gefährlich sind oder nicht, als sie in einer Region zu wissen, wo wir überhaupt nicht wissen, ob es sie in Zukunft noch als solche gibt und wo die Gefahr besteht, dass diese Leute ungeregelt und ohne Haftstrafe nach Europa zurückkehren.

Sofia Koller: Die Frage ist jetzt etwas provokativ: Was verstehen wir unter Sicherheit? Was ist die Perspektive? Im Moment haben wir den Eindruck: Selber schuld, die sind im Gefängnis, wir müssen uns nicht darum kümmern. Das ist eine bequeme Situation. Aber in einem solchen sicherheitspolitischen Kontext geht es um viel mehr als nur um die unmittelbare Möglichkeit einer Person, frei zu sein und z.B. in den nächsten LKW zu steigen und einen Anschlag zu verüben. Die Frage ist, wie schaffen wir es, einen Menschen in dieser wirklich desolaten Situation nach so vielen Jahren wieder davon zu überzeugen, dass Deutschland vielleicht doch kein so schlechtes Land ist. Auch das Potenzial, dass sich andere aufgrund dieser zynischen Haltung Deutschlands oder auch anderer Länder weiter radikalisieren und das zum Anlass nehmen zu sagen: Ja, die lassen ihre eigenen Bürger im Stich, das ist auch ein Faktor.

Ich glaube, es spielt auch eine Rolle, in welchem Zustand die Menschen sind, und da würde ich auch sagen, alles, was ich aus den Gefängnissen höre, ist, dass der psychische Zustand und der allgemeine Gesundheitszustand extrem schlecht ist. Da geht es um die Frage der unmenschlichen Behandlung, vielleicht kommen da auch noch Gerichtsverfahren auf Deutschland zu, weil Deutschland das zulässt. Ich glaube, dass die Mehrzahl der Fälle, die zurückkommen, als erstes nicht darüber nachdenkt, wie man den ersten Anschlag macht, sondern wie man überhaupt irgendwie wieder auf die Beine kommt. Diese Person davon zu überzeugen, dass

man sie im Stich gelassen hat, aber dass man ihr jetzt geholfen hat, kann auch ein sehr gutes Argument sein. Ich würde es nicht so schwarz-weiß sehen, sondern die Rückführung als die beste aller wirklich schlechten Optionen. Es geht nicht darum, dass es die perfekte Lösung ist. Die haben wir vor 20 Jahren verfehlt. Aber jetzt haben wir immer noch die Möglichkeit, etwas zu tun, und mit jedem Tag, der vergeht, ohne dass wir diese Entscheidung treffen, wird es schwieriger. Was ist, wenn sie zurückkommen und ihre Haftzeit in Syrien angerechnet wird? Was machen wir dann? Deshalb würde ich sagen, dass wir erkennen müssen, dass dieser Handlungspunkt schon längst da ist. Ich glaube schon, dass es einen Konsens gibt, dass die Rückführung immer noch das Beste ist, was wir in dieser Situation tun können.

Claudia Dantschke: Die Kurden haben immer wieder thematisiert, dass sie die Leute eigentlich gerne selbst vor Gericht stellen würden, am liebsten vor einen internationalen Gerichtshof. Dass das nicht passieren wird, dass das nur Rhetorik ist, das weiß man. Interessant ist aber, dass das Argument der Justiz, die Haftstrafe in Syrien bei einer Verurteilung nicht anzurechnen, damit eigentlich hinfällig werden müsste, weil damit eines der beiden Argumente, die für die Nichtanrechnung angeführt werden, ausgehebelt wird: Die Kurden sind kein Staat und die Kurden haben die Männer nicht zum Zwecke der Strafverfolgung verhaftet, sondern halten sie einfach fest. Wenn aber die Kurden immer wieder sagen, wir würden gerne die ausländischen IS-Kämpfer vor Gericht stellen, bitte helft uns dabei, und das Auswärtige Amt selbst in Gerichtsverfahren sagt, wir können im Moment nichts machen, weil die Kurden die Männer selbst strafrechtlich verfolgen wollen, dann kann es passieren, dass ein Richter doch sagt, die Zeit in Syrien wird angerechnet. Dann kommt vielleicht ein Mann, der beim IS-Geheimdienst war und sich möglicherweise schwerster Verbrechen schuldig gemacht hat, zurück und kommt nach dem Urteil aus dem Gefängnis, weil er zwar zu zwölf Jahren verurteilt wurde, aber nach vier Jahren Haft in Syrien, die mit dem Faktor 1 : 3 angerechnet werden, diese zwölf Jahre schon verbüßt hat.

Thomas Schmidinger: Ein Wort zur kurdischen Position, weil ich sehr viel in der Region recherchiert habe und sehr oft in der Region der Autonomen Verwaltung von Nord- und Ostsyrien bin und die Akteure relativ gut kenne: Die Position der Kurden ist, dass sie sehr wohl bereit sind, die IS-Kämpfer zu übergeben, wenn diese in ihren Heimatländern strafrechtlich verfolgt werden. Das war immer ihre Bedingung, die sie die ganze Zeit aufrechterhalten und gegenüber dem Westen und allen

möglichen Staaten kommuniziert haben. Für die Frauen und Kinder war das keine Bedingung. Die Idee, die immer wieder aufkam, mit internationaler Hilfe Prozesse in der Region durchzuführen, einen internationalen Strafgerichtshof einzurichten, das ist eher aus Verzweiflung propagiert worden, weil niemand bereit war, die Gefangenen zurückzunehmen. Das ist nie als wirklich realistische Alternative in der Region selbst diskutiert worden. Denn was macht man dann mit den Verurteilten, es gibt ja keine professionellen Gefängnisse mehr in Nordostsyrien? Wie führt man einen Prozess in einer Region durch, in der es kaum Staatsanwälte, Richter und so weiter gibt? Man müsste dann westliche Richter und Staatsanwälte dorthin schicken, die unter Kriegsbedingungen leben müssten, um einen Prozess über Jahre zu führen.

Diese Idee war eigentlich ein politisches Druckmittel und ist nie wirklich ernsthaft verfolgt worden. Die Kurden haben immer gesagt: Wo es strafrechtlich möglich ist, diese Männer zu verfolgen, sind wir auch bereit, die männlichen Kämpfer zurückzugeben. Es waren nur wenige Staaten, die das tatsächlich gemacht haben.

Axel Schurbohm: Ich möchte noch einmal auf das Thema fünf Jahre nach dem Ende des Kalifats zurückkommen. Wo stehen wir in fünf Jahren?

Claudia Dantschke: Es ist auch eine Frage der Finanzierung, letztendlich muss das ganze zivilgesellschaftliche Netzwerk finanziert werden. Ich gehe jetzt mal davon aus, dass wir in 5 Jahren alle noch da sind und finanziert werden. Wir kümmern uns um die Angehörigen der Männer und ich bin irgendwie verpflichtet, Optimismus zu verbreiten, um die Eltern aufzubauen und irgendwann glaube ich auch an meinen eigenen Optimismus. Insofern hoffe ich, dass zumindest die erste Welle der Männer dann da ist und wir mit den Männern arbeiten, das ist meine Hoffnung.

Susanne Wittmann: Wenn es eine Finanzierung gibt und wir weiterarbeiten können, dann haben wir auch die ersten Bindungen zwischen den Kindern und den Vätern wieder aufbauen können und die ersten Kennenlernetreffen haben stattgefunden oder vielleicht auch schon mehr. Und die Kinder haben sich weiterentwickelt, hoffentlich in eine positive Richtung und freuen sich auch, dass sie hier in Deutschland wieder integriert sind.

Sofia Koller: Was mir spontan dazu einfällt, ist der Aspekt, dass viele Kinder, die zurückgeführt wurden, ja sehr klein waren und in fünf Jahren der Anteil derer, die

größer werden und in die Pubertät kommen, vielleicht auch ins Berufsleben eintreten, größer sein wird. Es wäre wichtig, weiterhin Unterstützungsleistungen anbieten zu können, also langfristig und nachhaltig, Stichwort Rückkehrkoordination. Das sollte nicht abgebaut werden, sondern als Angebot erhalten bleiben, damit die Kinder und Jugendlichen auf ihrem weiteren Weg aus dem Label "Rückkehrer" heraus unterstützt werden. Wenn wir das in fünf Jahren schaffen, glaube ich, haben wir eine gute Chance, die allermeisten in ein wirklich stabiles Leben zu bringen. Das wäre zumindest meine Hoffnung für die Frauen. Wir sind wirklich noch ganz am Anfang, was die Erfahrungen angeht, wie die Reintegration läuft, wie die Anpassung läuft. Auch da würde ich mir wünschen, dass in fünf Jahren viele es durch die Unterstützungsleistungen geschafft haben und nicht wieder in die radikalen Netzwerke zurückfallen, sondern das Gefühl haben, wir haben eine zweite Chance bekommen. Es braucht eine nachhaltige Unterstützung, aber auch eine Gesellschaft, die bereit ist, diese zweite Chance zu geben. Man kann als Ausstiegsberater oder Bewährungshelfer noch so viel Positives vermitteln, wenn der Arbeitgeber oder der Wohnungsvermieter weiterhin nur dieses Label im Kopf hat, dann wird es einfach sehr schwierig. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Und was die Männer angeht: Ich wünsche mir, dass wir in fünf Jahren nicht wieder hier sitzen und darüber reden, warum es wichtig ist, dass wir diese Rückführungen endlich angehen. Ich würde mir wünschen, dass wir in fünf Jahren darüber reden, wie stolz wir auf Deutschland sein können, dass es seiner Verantwortung gerecht wird und dass das die richtige Entscheidung ist. Wir sind alle nicht blauäugig, es sind sicherlich auch wirklich gefährliche Personen darunter, das darf man nicht verschweigen. Aber wir müssen uns dieser Verantwortung stellen, weil diese Personen sich in Deutschland radikalisiert haben. Das ist unsere Verantwortung, das ist nicht die Verantwortung der Kurden, der Syrer oder der Iraker. Ich würde mir wünschen, dass wir in unserem Narrativ als Rechtsstaat dem gerecht werden, denn andernfalls wäre es auch Munition für Extremisten: Schaut mal, wie Deutschland mit Islamisten umgeht. Diesen Diskurs können wir in der jetzigen Situation eigentlich überhaupt nicht gebrauchen.

Thomas Schmidinger: Ich bin leider nicht so optimistisch, insofern weiß ich nicht, ob das der richtige Weg ist, mir das Schlusswort zu überlassen, aber ich fürchte, dass wir in fünf Jahren erstens keine Selbstverwaltung mehr im Norden und Osten Syriens haben werden und damit ein großer Teil der Jihadisten freikommen und

sich neu organisieren wird. Ich rechne mit einer zweiten Welle des Jihadismus sowohl hier im Irak als auch in Syrien, denn hier wächst eine ganze Generation von Menschen heran, z. B. ohne Papiere, die Kinder der IS-Kämpfer, die hier keine Chance haben und ein gefundenes Fressen für weitere Radikalisierungen sind. Ich befürchte auch, dass es eine zweite Welle der Radikalisierung in Europa geben wird, auch im Zusammenhang mit dem aktuellen Krieg in Gaza und den europäischen Positionen dazu. Ich weiß nicht, ob es der islamische Staat sein wird, aber ich rechne mit ähnlichen Phänomenen, die in fünf Jahren wieder virulenter sein werden als sie es heute sind.

Axel Schurbohm: Danke auch für diese Einschätzung, Herr Schmidinger. Was wir in fünf Jahren auf jeden Fall sein werden, ist ein bisschen klüger, in welche Richtung auch immer, davon gehe ich aus.

Fragen des Publikums

Publikum: Hier heißt es, die Männer sollen dort bleiben, weil sie gefährlich oder radikal sind. Aber was bedeutet das für die Menschen, die dort leben? Ich habe viele Verwandte dort, die haben große Angst und wollen nicht, aber sie müssen dort bleiben.

Thomas Schmidinger: Das ist natürlich das zentrale moralische Problem. Man kann das Problem nicht auf die Menschen in Syrien und im Irak abwälzen. Ich stimme Ihnen völlig zu, dass es ein moralisches Totalversagen Europas ist, wenn man versucht, das Problem auf die Menschen in Nordostsyrien abzuwälzen.

Publikum: Ihr habt mich absolut überzeugt, warum es sinnvoll ist, die Männer zurückzuholen. Ich frage mich, wie das bei euch ist, wenn ihr mit den politischen Entscheidungsträgern sprecht, ob nicht auch in den Hintergrundgesprächen diesen Leuten klar ist, warum wir auch die Männer zurückholen müssen und ob ihr da Chancen seht, auch diesen politischen Einfluss auszuüben?

Claudia Dantschke: Wir haben mit der Außenministerin gesprochen, mit Frau Baerbock, die das sofort unterstützt hat, mit einem Argument, das ich eigentlich von der FDP kenne. Sie hat sich das zu eigen gemacht: Wir werden unglaublich, wenn wir abgelehnte Asylbewerber abschieben wollen und die Länder verurteilen,

weil sie sie nicht aufnehmen, aber wir nehmen unsere Leute nicht zurück. Das hat die FDP in der letzten Legislaturperiode in der Opposition immer gesagt. Also FDP und Grüne haben in der Opposition gefordert, alle Deutschen zurückzunehmen. Jetzt sind FDP und Grüne in der Regierung und zumindest Frau Baerbock äußert sich öffentlich vor der Presse entsprechend. Es gibt drei Parteien in der Ampelregierung, was ist mit der SPD? Meine These: Die SPD blockiert, ich glaube, man müsste bei der SPD, bei Frau Faeser oder bei Kanzler Scholz noch einmal nachbohren, wo es hakt. Ich finde es schon interessant, wenn Parteien in der Opposition fordern, man müsse auch die Männer zurückholen, jetzt, wo sie in der Regierung sind, muss man sie immer wieder daran erinnern, weil nichts passiert. Wir versuchen es, so gut wir können.

Publikum: Um vielleicht noch einmal auf die Frauen zurückzukommen, weil wir jetzt sehr viel über die Männer gesprochen haben und mich eigentlich die Frage beschäftigt, ob sich jemand hier auf dem Podium vorstellen kann, dass die europäischen Staaten die Frauen, die jetzt de facto staatenlos gemacht werden von Großbritannien oder vielleicht auch von anderen Drittstaaten im Zweifelsfall zurückgewiesen werden, in einer Art Sonderasylrecht aufnehmen? Ist es denkbar, dass wir irgendwann eine Form von Sonderasylrecht oder was auch immer machen, um diese Frauen auch irgendwie in die Zivilisation zu holen, weil diese Lager unzumutbar sind?

Sofia Koller: Wenn es schon so schwierig ist, zweijährige Kinder, die einen ganz klaren Anspruch darauf haben, aus dieser Situation herauszuholen, dann kann ich mir nicht vorstellen, dass ein Fall wie Shamima Begum, der ja auch durch die Presse gegangen ist, oder andere, die vielleicht weniger bekannt sind, dass da eine Bereitschaft besteht, sich so weit aus dem Fenster zu lehnen. Es kann natürlich sein, und das haben wir jetzt immer wieder gehört, dass durch die Familienkonstellationen – es gibt ja wahnsinnig viele binationale, trinationale, verschiedene Kinder, verschiedene Familiennetzwerke – dass da quasi eine legitime Verbindung zu Deutschland besteht, die man so interpretieren könnte, dass es dann aus bestimmten Gründen im Einzelfall möglich wäre. Aber dazu, würde ich sagen, bräuchten wir dann zehn Jahre Lobbyarbeit von 1000 Leuten, die sagen, diese Frau, die hat schon ein Kind verloren, die muss zurück. Das wäre vielleicht so ein Fall für Amnesty International.

Rückführung von Terroristen macht keine gute Presse. Das Thema wird auf jeden Fall diskutiert, es ist nicht weg. Alle Akteure, die irgendwie damit zu tun haben, sind sich schon weitestgehend einig, dass dieses Problem ungelöst ist und ich glaube auch, dass es an vielen Stellen dieses Verständnis gibt, dass eigentlich die Rückführung schon das Beste wäre. Aber wer lehnt sich politisch aus dem Fenster, um eine solche Entscheidung zu treffen? Wenn ein entlassener Straftäter wieder inhaftiert wird, dann rollen Köpfe in den Behörden und da braucht es Verantwortliche. Wir hatten jetzt den Fall Tarik S., er war ein Rückkehrer, saß fünf Jahre in Haft, wurde in einem Aussteigerprogramm betreut und wurde jetzt vier Jahre, nachdem er aus der Haft entlassen wurde und sich anscheinend ganz gut gemacht hat – man kann darüber streiten, wie radikalisiert er wirklich war – im Oktober verhaftet, weil er im Verdacht stand, eine Pro-Israel-Demonstration angreifen zu wollen. Das ist ein Fall und das reicht aus, um jedes Pflänzchen von Hoffnung und politischem Mut sofort im Keim zu ersticken. Und wenn man dann noch die politische Situation in Frankreich, in den Niederlanden oder in Deutschland nimmt, dann muss ich sagen, ja, ich habe leider nicht so viel Hoffnung, dass es diesen politischen Mut wirklich geben wird. Aber wie gesagt, es kann sich auch etwas ändern, es kann sich die geopolitische Situation so ändern, dass man auch noch einmal überlegt: Bevor wir den zweiten Islamischen Staat haben, werden wir jetzt erst einmal diese Konstellation aus der Welt schaffen.

Axel Schurbohm: Recht herzlichen Dank an das Podium und an das Publikum.

